



**Peru:** *Máxima Acuña*, Einschüchterungen

### Hintergrundinformationen



Peru: 29,9 Mio. Einwohner auf 1.285.216 km<sup>2</sup> Fläche, BSP/Einw. 5.880 \$ (2012), Bevölkerung: 45% Indigene, 37% europäisch-indigener, 15% europäischer Abstammung, Minderheiten v.a. afrikanischer, europäisch-afrikanischer, asiatischer Abstammung; Religion: 85% Katholiken, 13% Protestanten, indigene Religionen. Unabhängig seit 1821. Peru hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



**Máxima Acuña** und ihre Familie - Kleinbauern, die für den Eigenbedarf anbauen - stehen mit dem

Bergbauunternehmen Minera Yanacocha wegen der Eigentümerschaft des von ihnen bewohnten Grundstücks in Tragadero Grande im Bezirk Sorochuco in der Region Cajamarca seit Jahren in einem Rechtsstreit. Am 17. Dezember 2014 entschied ein Gericht in Cajamarca, dass sich die Familie nicht der illegalen Besetzung des Grundstücks schuldig gemacht habe. Das Bergbauunternehmen legte Rechtsmittel gegen das Urteil ein. Am 9. März 2015 bestätigte der Oberste Gerichtshof den Gerichtsentscheid. Das Bergbauunternehmen hat nun weitere Rechtsmittel vor einem Zivilgericht eingelegt.

Die Kleinbauernfamilie wird laut Amnesty International (AI) auch durch Gewalttaten und Drohungen massiv unter Druck gesetzt.

Peruanischen Menschenrechtsorganisationen zufolge betraten am 2. Februar 2016 um 9:30 Uhr mehrere private Sicherheitsleute des Bergbauunternehmens Minera Yanacocha bewaffnet das Grundstück, auf dem Máxima Acuña und ihre Familie seit mehr als 20 Jahren leben, und zerstörten die Kartoffelernte, die den Eigenbedarf der Familie decken sollte. Die Familie meldete den Vorfall an die Staatsanwaltschaft.

Zwei Tage zuvor war der Hund der Familie lebendig, aber mit einer Stichwunde am Hals, aufgefunden worden.

Über die Jahre hinweg haben Máxima Acuña und ihre Familie von wiederholten Schikanen und Angriffen durch die Polizei und private Sicherheitsleute des Bergbauunternehmens Minera Yanacocha berichtet. Die Familie ist der Ansicht, dass sie so von ihrem Grundstück vertrieben werden soll.

Am 3. Februar 2015 teilte der Rechtsbeistand von Máxima Acuña der Presse mit, dass mindestens 200 PolizistInnen auf dem Grundstück ihrer Familie erschienen seien und einen neu begonnenen Anbau abgerissen haben. Máxima Acuña gab an, dass der Anbau zum Schutz des Hauses gegen die Witterung nötig sei.

Am 20. Januar 2015 berichteten Máxima Acuña und ihre Familie, bei sich zuhause von PolizistInnen schikaniert und eingeschüchtert worden zu sein. Wenige Tage später teilte ihr Rechtsbeistand AI mit, dass über 15 PolizistInnen sowie private Sicherheitsleute auf ihrem Grundstück erschienen waren und Fotos von dem Haus der Familie gemacht hatten. Als die Familie die PolizistInnen zur Rede stellte, gaben diese keinerlei Auskunft und legten auch keine Berechtigung für ihr Handeln vor.

Auch ein Jahr zuvor kam es zu Drohungen: Am 30. Januar 2014 erhielt Máxima Acuña einen Anruf. Eine männliche Stimme forderte sie auf, ihr Grundstück zu verlassen, ansonsten werde sie sterben. Kurz nach dem Anruf kamen zwei Polizeibeamte auf Máxima Acuña zu und sagten ihr, sie solle aufhören, das Land zu bestellen, da es ihr nicht gehöre. Zwei Polizeibeamte, einer von ihnen bewaffnet, betraten ihr Haus und wiederholten die Aufforderung. Die Beamten gingen erst, als Máxima Acuña telefonisch um Hilfe rief, kamen allerdings am 4. Februar 2014 zurück, um sie erneut einzuschüchtern. Laut der Organisation Front Line Defenders wurden Máxima Acuña und ihre Tochter 2011 von Polizisten bewusstlos geschlagen. Das Unternehmen Minera

Yanacocha hat das Grundstück der Familie umzäunt und lässt sie permanent überwachen.



### Brieftext

Bitte schreiben Sie an den Innenminister von Peru und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto für Briefe nach Peru 0,90 EUR, nach Berlin 0,70 €**) *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.03.2016.* [Fax-Nr. der Botschaft: 030/20641077, S.E. Herrn José Antonio Meier Espinosa; E-Mail: info@embaperu.de ]

**José Luis Pérez Guadalupe**  
**Ministro del Interior**  
**Ministerio del Interior**  
**Lima**  
**PERU**

Sehr geehrter Herr Minister,

aufgrund tiefer Besorgnis über die Bedrohung von Frau **Máxima Acuña** und ihrer Familie ersuche ich Sie um Unterstützung.

Die Kleinbauern-Familie steht seit mehreren Jahren mit dem Bergbauunternehmen Minera Yanacocha in einem Rechtsstreit wegen der Eigentümerschaft des von ihr bewohnten Grundstücks in Tragadero Grande im Bezirk Sorochuco in der Region Cajamarca. Am 17. Dezember 2014 entschied ein Gericht in Cajamarca, dass sich die Familie nicht der illegalen Besetzung des Grundstücks schuldig gemacht habe. Das Bergbauunternehmen legte Rechtsmittel gegen das Urteil ein. Am 9. März 2015 bestätigte der Oberste Gerichtshof den Gerichtsentscheid. Das Bergbauunternehmen hat nun weitere Rechtsmittel vor einem Zivilgericht eingelegt.

Die Familie ist in der Vergangenheit mehrfach Opfer von Gewalttaten geworden.

Peruanischen Menschenrechtsorganisationen zufolge betraten am 2. Februar 2016 um 9:30 Uhr mehrere private Sicherheitsleute von Minera Yanacocha bewaffnet das Grundstück der Familie und zerstörten die Kartoffelernte. Die Familie meldete den Vorfall an die Staatsanwaltschaft.

Aufgrund dieser Vorkommnisse ersuche ich Sie,

- Ihren Einfluss geltend zu machen, dass Frau Máxima Acuña und ihre Familie vor jeder Art von Gewalt geschützt werden;

- umgehend eine gründliche und unparteiische Untersuchung darüber einzuleiten, wer für die Drohungen, Gewalttaten und die Zerstörung der Ernte verantwortlich ist, und alle Verantwortlichen in einem fairen Gerichtsverfahren zur Rechenschaft zu ziehen.

Für die Aufmerksamkeit, die Sie meinem Anliegen entgegenbringen, danke ich Ihnen.  
Mit hochachtungsvollem Gruß

Als Kopie zur Kenntnis an:

S.E. Herrn José Antonio Meier Espinosa  
Botschaft der Republik Peru  
Mohrenstr. 42  
10117 Berlin

Exzellenz,  
mit unten stehendem Schreiben, das ich Ihnen als Kopie übersende, möchte ich den Innenminister der Republik Peru auf die Bedrohung von Frau Máxima Acuña und ihrer Familie aufmerksam machen und ihn darum bitten, sich ihres Schicksals anzunehmen.  
Mit hochachtungsvollem Gruß

[Zum Download des Briefes als Word-Datei](#)

[Zum Download des Briefes an die Botschaft als Word-Datei](#)



**Iran:** *Amanj Veisee*, Todesstrafe

## Hintergrundinformationen



Iran: 65,5 Mio. Einwohner auf 1.648.000 km<sup>2</sup> Fläche, BSP/Einw. 1.720 \$ (2002), 50% Perser, 20% Aserbaidshaner, 10% Luren und Bachtieren, 8% Kurden, 3% Araber, 2% Turkmenen, Islam ist Staatsreligion: 99% Muslime (überwiegend Schiiten), Minderheiten von Bahá'í,

Christen, Juden und Parsen. Der Iran hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* ratifiziert, nicht jedoch das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe*.



Dem Gefangenen **Amanj Veisee** droht die Hinrichtung. Er war zum Zeitpunkt der ihm zur Last gelegten Tat 15 Jahre alt und damit noch minderjährig. Im April 2007 soll er seinem Cousin während eines Kampfes tödliche Stichwunden zugefügt haben.

In einem Wiederaufnahmeverfahren wurde Amanj Veisee im Dezember 2015 von der Abteilung 3 des Strafgerichtshofs Nr. 1 in der westiranischen Provinz Kermanschah unter dem Vorwurf des Mordes an seinem Cousin erneut zum Tode verurteilt. Das Gericht kam zu dem Urteil, dass „kein Zweifel an seiner geistigen Reife zum Zeitpunkt der Tat besteht“. Das nur knapp eine Seite umfassende Urteil verweist kurz auf zwei Aussagen von Amanj Veisee, die es als erwiesenermaßen falsch bezeichnet, und auf seine „Intelligenz und Reife“. In seinen Aussagen hatte Amanj Veisee erklärt, er habe seinem Cousin einmal ins Bein gestochen, mit einem Messer, das ihm ein Fremder während des Kampfes zugesteckt habe.

Amanj Veisee war erstmals im Mai 2008 zum Tode verurteilt worden, nachdem ihn das Strafgericht der

Provinz Kordestan für schuldig befunden hatte. Die Strafe wurde drei Monate später vom Obersten

Gerichtshof bestätigt. Im Dezember 2013, als Amanj Veisee 22 Jahre alt geworden war, genehmigte die Oberste Justizautorität die Vollstreckung der Strafe, obwohl in der Zwischenzeit ein neues islamisches Strafgesetzbuch in Kraft getreten war. Nach dessen neuen Richtlinien kann das Gericht die Todesstrafe nach eigenem Ermessen in eine andere Strafe umwandeln, falls es zu der Ansicht gelangt, dass jugendliche StraftäterInnen die Art ihrer Straftat oder deren Folgen nicht begreifen oder Zweifel an ihrer „geistigen Reife und ihrem Entwicklungsstand“ zum Zeitpunkt der Tat bestehen. Im März 2015 wurde Amanj Veisee auf der Grundlage des Strafgesetzbuchs von 2013 ein Wiederaufnahmeverfahren gewährt, nachdem er sich einen neuen Rechtsbeistand gesucht und beim Obersten Gerichtshof einen entsprechenden Antrag eingereicht hatte.

Zwischen 2013 und 2015 wurde die Hinrichtung von Amanj Veisee zweimal anberaumt und wieder verschoben. Amanj Veisee hatte vor und während des Verfahrens angegeben, er habe seinen Cousin, mit dem er aufgewachsen sei und den er sehr gern gehabt habe, nicht töten wollen. Er habe ihn aus Angst mit dem Messer verletzt, als der 23-Jährige, den er als „muskulös“ beschrieb, ihn gewürgt habe. Das Gericht wies das Argument der Notwehr ab und verurteilte ihn wegen „Mordes“. Das Urteil wurde damit begründet, dass er eine Tat begangen habe, die immer auch tödlich ausgehen könne.

Als Vertragsstaat der UN-Kinderrechtskonvention ist der Iran rechtlich verpflichtet, jede Person unter 18 Jahren als Kind zu behandeln. Laut der Kinderrechtskonvention liegt das Standardalter zur Erreichung der Strafmündigkeit als Erwachsener bei Jungen wie Mädchen bei 18 Jahren. Personen, die gegen das Gesetz verstoßen und das Mindestalter für Strafmündigkeit erreicht haben, aber noch keine 18 Jahre alt sind, können nach internationalen Standards als strafmündig betrachtet, verfolgt, vor Gericht gebracht und bestraft werden. Sie dürfen jedoch weder zum Tode noch zu lebenslanger Haft ohne die Möglichkeit der vorzeitigen Haftentlassung verurteilt werden.



### Brieftext

Bitte schreiben Sie an den Religionsführer der Islamischen Republik Iran und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto für Briefe in den Iran 0,90 EUR, nach Berlin 0,70 €**). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.03.2016.* [Fax-Nr. der Botschaft: 030/84353535, S.E. Herrn Ali Majedi; E-Mail: info@iranbotschaft.de ]

**Ayatollah Sayed 'Ali Khamenei**  
**Islamic Republic Street**  
**End of Shahid Keshvar Doust Street**  
**Tehran**  
**ISLAMIC REPUBLIC OF IRAN**

Exzellenz,

Berichte über die drohende Hinrichtung des Gefangenen **Amanj Veisee** erfüllen mich mit großer Besorgnis.

Der Inhaftierte war zum Zeitpunkt der ihm angelasteten Tat erst 15 Jahre alt und damit minderjährig. Im April 2007 soll er seinem Cousin während eines Kampfes tödliche Stichwunden zugefügt haben.

Gegen Amanj Veisee war erstmals im Mai 2008 ein Todesurteil gesprochen worden, nachdem ihn das Strafgericht der Provinz Kordestan für schuldig befunden hatte. Die Strafe wurde drei Monate später vom Obersten Gerichtshof bestätigt. In einem Wiederaufnahmeverfahren wurde Amanj Veisee im Dezember 2015 von der Abteilung 3 des Strafgerichtshofs Nr. 1 in der Provinz Kermanschah unter dem Vorwurf des Mordes erneut zum Tode verurteilt.

Zwischen 2013 und 2015 wurde die Hinrichtung zweimal anberaumt und wieder verschoben. Amanj Veisee hatte erklärt, er habe seinen Cousin nicht töten wollen. Er habe ihn aus Angst mit dem Messer verletzt, als der 23-Jährige, den er als „muskulös“ beschrieb, ihn gewürgt habe.

Exzellenz, ich ersuche Sie,

- darauf hinzuwirken, dass das Todesurteil gegen Amanj Veisee sofort umgewandelt wird und keine Hinrichtungen von Personen vollstreckt werden, die zum Tatzeitpunkt jünger als 18 Jahre alt waren;
- gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Verhängung der Todesstrafe für Angeklagte, die zum Tatzeitpunkt jünger als 18 Jahre waren, ausnahmslos auszusetzen, gemäß den Verpflichtungen des vom Iran ratifizierten Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte und des Übereinkommens über die Rechte des Kindes.

Für die Aufmerksamkeit, die Sie meinem Anliegen entgegenbringen, danke ich Ihnen.  
Mit hochachtungsvollem Gruß

Als Kopie zur Kenntnis an:

S.E. Herrn Ali Majedi  
Botschaft der Islamischen Republik Iran  
Podbielskiallee 65-67  
14195 Berlin

Exzellenz,  
mit unten stehendem Schreiben, das ich Ihnen als Kopie zukommen lasse, ersuche ich das Staatsoberhaupt der Islamischen Republik Iran, Ayatollah Sayed 'Ali Khamenei, im Falle des zum Tode verurteilten Gefangenen Amanj Veisee um Unterstützung.  
Mit hochachtungsvollem Gruß

[Zum Download des Briefes als Word-Datei](#)

[Zum Download des Briefes an die Botschaft als Word-Datei](#)